

Kommunal – Information

01.04.2012

kommunalpolitisches forum
Sachsen-Anhalt e.V

www.kf-lsa.de

[Mitglied werden](#)

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

Inhalt

1. Themen

1.1 Daseinsvorsorge

1.2 Kommunen und Finanzkrise

1.3 Kommunales Recht und Rechtsprechung

1.4 Verschiedenes

2. Problemfelder aus Landtag und Landesregierung

3. Veranstaltungen

4. Veröffentlichungen

1.1 Daseinsvorsorge

- **Kommunale Grundversorgung sichern - 140 Gemeinden und BürgermeisterInnen unterstützen Resolution**

In immer mehr Gemeinden fehlt das Geld für Kindergärten, Schulen, Pflege- und Betreuungseinrichtungen, Infrastruktur oder Katastrophenschutz. In den letzten Jahren haben Gemeinden und Städte immer mehr Aufgaben übertragen bekommen, ohne dabei die notwendigen finanziellen Mittel zu erhalten. Mehr als 140 Gemeinden bzw. Bürgermeister unterstützen [die Resolution](#) "Kommunale Grundversorgung sichern" der Allianz "Wege aus der Krise".

- **Tag der Kommunalwirtschaft**

Vom 25. bis 26. September 2012 veranstaltet der VKU zusammen mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund erstmalig den „Tag der Kommunalwirtschaft“ in Filderstadt bei Stuttgart. [Die bundesweite Veranstaltung](#) steht unter dem Motto „Lebensqualität sichern – Zukunft gestalten“ und bietet viele thematische Highlights zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf Handlungsmöglichkeiten für Stadtwerke und Kommunen.

- **Öffentlicher Dienst: Den Stellenabbau zu weit getrieben**

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich gesunken - teils durch Privatisierung, teils durch Stellenabbau. Damit der Staat seine Aufgaben weiterhin erfüllen kann, wären knapp 100.000 neue Stellen nötig. Mit 38 Prozent fiel der Personalabbau auf der kommunalen Ebene massiv aus. Ein wesentlicher Faktor dabei war die Privatisierung zahlreicher Krankenhäuser. Zudem strichen die Gemeinden in der

Sozialen Sicherung und dem Bildungssektor sehr viele Stellen. Hier kann dazu [ein Artikel](#) der Hans-Böckler-Stiftung gelesen werden und hier kann [das Gutachten](#) herunter geladen werden.

- **SPD und Grüne: ÖPNV ist Daseinsvorsorge und braucht endlich Rechtssicherheit**
Der Öffentliche Personennahverkehr gehöre zur Daseinsvorsorge und brauche Rechtssicherheit. Das erklärten die verkehrspolitischen Sprecher der der SPD-Bundestagsfraktion Sören Bartol und Dr. Anton Hofreiter [mehr...](#)

1.2 Kommunen und Finanzkrise

- **Das kommunale Zukunftsinvestitionsprogramm**

Mit dem kommunalen Zukunftsinvestitionsprogramm wurden rund 43.000 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 15,6 Mrd. € in den Ländern und Kommunen realisiert. Das Bundesministerium für Finanzen gibt einen Rückblick auf das Konjunkturpaket II und zieht [eine erste Bilanz](#) der Umsetzung.

- **Kommunalpolitikerinnen und –politiker zu Gast bei der LINKEN**

Am 7. Februar 2012 waren eine Oberbürgermeisterin sowie mehrere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Beigeordnete und Stadtverordnete der LINKEN aus dem gesamten Bundesgebiet zu Gast im Arbeitskreis "Infrastruktur und Haushalt" und in der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Sie reflektierten die kommunalpolitischen Arbeit der Bundestagsfraktion, legten Erfahrungen und Erwartungen dar und diskutierten mit den MdB aktuelle kommunalpolitische Fragen wie Kommunalfinanzen und Städtebauförderung. [... ANTRAG LESEN \(PDF\)](#)

- **Bundesmittel zur Finanzierung der Grundsicherung an die Kommunen weiter reichen**

Das Versprechen der Bundesregierung, die Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu entlasten, wird nicht in vollem Umfang eingelöst. Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf wird dazu führen, dass Kommunen auch über 2014 hinaus einen beträchtlichen Teil der Kosten alleine tragen müssen. Außerdem gibt es bereits Signale aus einigen Bundesländern, die Bundesmittel nicht vollständig an ihre Kommunen weiterzuleiten. Daher fordert DIE LINKE Nachbesserungen... [ND-ARTIKEL LESEN](#)

- **Kleine Kommunen ziehen nach: Friedhofsgebühren steigen**

Die kommunalen Friedhofsgebühren sind in Deutschland um bis zu 161 Prozent erhöht worden, so das Ergebnis einer aktuellen Untersuchung des Vergleichsdienstes [mehr...](#)

-

- **Kommunale Kassenkredite - von der Ausnahme zur Regel**

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [hat aus seiner Sicht](#) das Problem der Kassenkredite aufbereitet. Es kommt zu der Einschätzung, dass „der Kassenkredit also längst zu einem Indikator geworden (ist), der die prekäre Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften deutlich macht. Unsere Auswertung im bundesweiten Vergleich zeigt: Die Kommunen sind in Ihrer Handlungsfreiheit unterschiedlich stark durch Kassenkredite eingeschränkt.

1.3 Kommunales Recht und Rechtsprechung

- **Bundesfinanzhof: Kommunen müssen Umsatzsteuer bezahlen**

Ein aktuelles Urteil (Aktenzeichen 2011 V R 41/10) des Bundesfinanzhofes bringt eine echte Veränderung in das Umsatzsteuerrecht. Waren die Kommunen [mehr...](#)

- **Korruption: Prozess gegen Golfplatz-Chef**

Wegen einer dubiosen wasserrechtlichen Genehmigung für einen Badesteg in den Seddiner See (Brandenburg) muss sich der Vorstandsvorsitzende des Golfclubs in Wildenbruch vor Gericht verantworten. Es geht um den [mehr...](#)

- **Berlin: Ex-Ordnungsamtsleiter wegen Untreue verurteilt**
Der ehemalige Leiter eines bezirklichen Ordnungsamtes in Berlin ist zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und fünf Monaten verurteilt worden. 264 085 Euro hat Thomas M. innerhalb von vier Jahren für private Zwecke bei [mehr...](#)

1.4 Verschiedenes

- **Schlechtes TÜV-Zeugnis für deutsche Spielplätze**
Bei einem bundesweiten Test von Spielplätzen hat der TÜV Rheinland bei drei Viertel der untersuchten Plätze Mängel entdeckt. Etwas mehr als die Hälfte der 50 Spielplätze wiesen sogar derart schwere Missstände auf, dass die Prüfer akuten [mehr...](#)
- **60 Städte und Gemeinden gründen „Bündnis für biologische Vielfalt“**
60 deutsche Städte und Gemeinden haben Anfang Februar den Verein „Kommunen für biologische Vielfalt“ gegründet. Das Bündnis will sich dafür einsetzen, die biologische [mehr...](#)
- **Gemeindeverkehrsfinanzierung**
[Beschluss des Hauptausschusses](#) des Deutschen Städtetages vom 9.2.2012: Der Hauptausschuss fordert Bund und Länder auf, auch zukünftig im gesamtstaatlichen Interesse Verantwortung für den bedarfsgerechten Ausbau und den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur in den Städten und Gemeinden zu übernehmen.
DIE LINKE unterstützt die Position des Städtetages und fordert eine Neuausrichtung der Verkehrsinvestitionspolitik, darunter: die Aufstockung und dauerhafte Fortführung der für den kommunalen Verkehr vorgesehenen Mittel des Entflechtungsgesetzes gesetzlich zu verankern und dabei die Verwendung der Mittel vorrangig für den Erhalt der ÖPNV-Infrastruktur, sowie den Rad- und Fußverkehr zu gewährleisten. [Hier dazu mehr.](#)
- **VKU warnt: Kommunale Spielräume für Konzessionsvergaben werden kleiner**
Seit Anfang 2011 beschäftigen sich Kartell- und vereinzelt auch Regulierungsbehörden verstärkt mit Verfahren zur Vergabe von Strom- oder Gaskonzessionen. In einem gemeinsamen Leitfaden mit der Bundesnetzagentur [mehr...](#)
- **Mehr Übernachtungen in den Jugendherbergen Sachsen-Anhalts**
Die Jugendherbergen in Sachsen-Anhalt haben im vergangenen Jahr die Übernachtungszahlen gesteigert. Insgesamt wurden rund 314.500 Übernachtungen gezählt, im Vorjahr waren es 308.500 gewesen. „Wir sind nicht euphorisch, aber angesichts der demografischen Entwicklung ist es schon etwas Positives, wenn die Zahlen nicht zurückgehen“, erklärte der Geschäftsführer des Landesverbandes des Deutschen Jugendherbergswerks in Sachsen-Anhalt, Hans-Walter Düsel, in dieser Woche. Im Land Sachsen-Anhalt existieren insgesamt 15 Jugendherbergen. [mehr>>](#)

2. Problemfelder aus Landtag und Landesregierung

- **Monika Hohmann zu TOP 05: Kostenentwicklung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege**
Lassen Sie mich meine Rede mit einem Zitat von Herrn Gauselmann aus der Mitteldeutschen Zeitung vom 21.03. beginnen: „Es ist Sozialpolitik nach Kassenlage: Da steht erst die Summe, dann folgt das Konzept – was nicht passt, wird da passend gemacht“. So sollte man ausdrücklich nicht vorgehen. Wir als LINKE sagen aber auch: Es ist wichtig, die... **MEHR...**
- **Guido Henke zu TOP 15: Zweckgebunden finanzieren – Zukunft sichern**
Auf den ersten Blick erkennt der Antrag Tatsachen und Notwendigkeiten an. Er soll die Weiterführung der zweckgebundenen Finanzierung mit Mitteln aus dem Entflechtungsgesetz erreichen. Er akzeptiert aber zugleich § 6 Abs. 2, nach dem ab 2014 die gruppenspezifische Zweckbindung zugunsten einer rein investiven Zweckbindung entfällt. Das lehnen wir... **MEHR...**
- **Evelyn Edler zu TOP 02: Einsetzung einer Enquetekommission „Öffentliche Verwaltung konsequent voranbringen – bürgernah und zukunftsfähig gestalten“**
Ich will mit einem Satz von Albert Schweitzer beginnen, der ja ein gutes Gespür für die wichtigen Dinge des Lebens hatte: "Mich interessiert vor allem die Zukunft, denn den Rest

meiner Tage werde ich dort verbringen." Wir wollen uns heute mit solchen Zukunftsfragen beschäftigen, denn wir alle wissen, Zukunft ereilt uns sehr schnell. Wenn... **MEHR...**

- **Gudrun Tiedge zum Problem: „Ein neues Bleiberecht“**

Ich beginne mit einem Zitat: „In Bezug auf die Vermeidung künftiger Kettenduldungen wird eine Regelung geschaffen, die keinen festen Stichtag enthält und die Anforderungen an die Lebensunterhaltungssicherung dahingehend absenkt, dass auch das ernsthafte Bemühen um Arbeit als ausreichend erachtet wird. Außerdem wird eine eigenständige Regelung für... **MEHR...**

- **Wulf Gallert: Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten konsequent entgegen treten**

Gewalt gegen Polizisten ist ein wichtiges Thema, es ist leider ein Thema mit wachsender politischer und sozialer Bedeutung in unserem Land. Deswegen ist es gut, dass wir heute hier darüber diskutieren. Ich bin der CDU-Fraktion außerordentlich dankbar dafür, dass sie diese Aktuelle Debatte beantragt hat. Gewalt gegen Polizisten muss uns... **MEHR...**

- **Harry Czeke: Kommunale Daseinsvorsorge nicht über EU-Wettbewerbsrecht aushebeln: Subsidiaritätsrüge zum „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe“**

Kurz vor Weihnachten 2011 hat die EU-Kommission einen Richtlinienvorschlag herausgegeben, der es tatsächlich in sich hat. Unter dem unscheinbaren Titel „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe“ geht es um elementare kommunale Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung,... **MEHR...**

- **Hendrik Lange** thematisierte in der **Fragestunde mögliche Gesetzesverstöße bei der Aufnahme und Wiederanlage von Kassenkrediten zur Zinsoptimierung durch die Stadt Halle**. Ausgangspunkt dafür waren Berichte in der Mitteldeutschen Zeitung am 20.12. und 28.12.2011, denen entsprechende Verlautbarungen des Finanzministeriums vorausgegangen waren. Er fragte in diesem Zusammenhang in Richtung Landesregierung, **[erstens]** ob dem Finanzminister zwischenzeitlich bekannt, dass diese Praxis zunächst im Einklang mit der Kommunalaufsicht erfolgte (Schreiben vom 11.01.2008 des Landesverwaltungsamtes an die Stadt Halle) und ihm ferner zur Kenntnis gegeben worden ist, dass das Ministerium für Inneres und Sport hierzu bereits 2010 eine in der Folgezeit von den Kommunen befolgte Regelung erlassen hat(?). In der **2. Frage** erkundigte er sich nach dem Zweck solcher Verlautbarungen durch das Finanzministerium?

Finanzminister Bullerjahn stellte zur **1. Frage** fest, dass das Handeln der Stadt Halle gegen **§ 102 der Gemeindeordnung (GO LSA)** verstieß, es aber im Hinblick auf die Zinsentwicklung ausnahmsweise geduldet wurde, angesichts wirtschaftlicher Vorteile und der Ausschließbarkeit von Risiken. Er wies darauf hin, dass dieser Verstoß gegen die Gemeindeordnung seit 2010 nicht mehr geduldet wird. In Beantwortung der **2. Frage** wies er auf den **hohen Stand der Kassenkredite der Stadt Halle** hin und machte deutlich, dass dies aus seiner Sicht **nichts mit einer ungenügenden Finanzausstattung über das Finanzausgleichsgesetz (FAG)** zu tun hätte, wie dies häufig unterstellt wird.

§ 102 GO LSA

Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen kann die Gemeinde Kredite bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen, soweit dafür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. Die Ermächtigung gilt weiter, bis die Haushaltssatzung für das folgende Jahr erlassen ist.

3. Veranstaltungen

- 14. April in Halle „**Veranstaltung zum modifizierten FAG Sachsen-Anhalts**“
- 14. und 15. April **Wochenendseminar mit Mandatsträgern und Interessierten im „Erlebnispädagogisches Centrum Havelberg (ELCH)“**
- 20. April **Weiterbildung kommunaler Mandatsträger Jerichower Land**

4. Veröffentlichungen

- **Daten und Fakten aus dem Bereich Arbeit und Soziales**

[Eine Argumentationshilfe](#) für Diskussionen und Publikationen, zusammengestellt von der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

- **Broschüre des DPWV zu Ehrenamtstätigkeit**

Im SGB II/SGB XII wurde letztes Jahr die Anrechnung von Ehrenamtstätigkeit für Aufwandsentschädigung und Übungsleitertätigkeiten wesentlich verändert (§ 11b Abs. 2 S. 3 SGB II, § 82 Abs. 3 S. 4 SGB XII). In der konkreten Praxis bestehen oftmals erhebliche Unklarheiten was den nun genau die privilegierten Tätigkeiten sind und unter welchen Voraussetzungen diese gezahlt werden können. Dies hat der DPWV nun in einer aktuellen und sehr umfassende Broschüre mit Informationen zum Einsatz von Ehrenamtlichen aus arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtlicher Sicht [sehr gut zusammengefasst](#)

- **Re-Kommunalisierung und Ökonomie des Gemeinwesens**

Eine Einheit von Freiheit und Gleichheit ist durch Profit- und Marktmechanismus nicht herzustellen. Er produziert das Gegenteil von Solidarität. Die Antwort auf Marktradikalismus und soziale Desintegration liegt deshalb in der Stärkung des öffentlichen Sektors und der Demokratisierung der Wirtschaft. Das vorliegende Heft widmet sich den Aspekten der Re-Kommunalisierung sowie der Begriffsbildung des „Öffentlichen“. [Dokumentation von Texten zur Rückgewinnung des Öffentlichen und Strategie der LINKEN.](#)

- **Indikatorenbericht “Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ neu erschienen**

In den Bereichen Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und Wahrung der internationalen Verantwortung wurden von der Politik Ziele zur nachhaltigen Entwicklung festgelegt. Das Statistische Bundesamt zeigt in der Broschüre anhand von 38 ausgewählten Kennzahlen, welche Ziele erreicht werden und wo die Entwicklung hinter den Erwartungen zurück bleibt. [Grafiken und Texte](#) liefern Hintergrundinformationen und weiterführende Analysen zu den Ergebnissen. Daten zum [Indikatorenbericht](#) - Indikatoren [zu Umwelt und Ökonomie](#).

- [Die DStGB-Dokumentation Nr. 100 - Bilanz 2010 und Ausblick 2011 der deutschen Städte und Gemeinden \(PDF-Dokument\)](#)